

Pressemitteilung

Arbeitsgemeinschaft der
Ausländerbeiräte Hessen-
Landesausländerbeirat

Kaiser-Friedrich-Ring 31
65185 Wiesbaden

Tel: 0611/ 98 99 5-0
Fax: 0611/ 98 99 5-18

agah@agah-hessen.de
www.agah-hessen.de

Wiesbaden, den 17. November 2011

Brauner Terror

"Staatsakt gegen die Verunsicherung!"

Landesausländerbeirat fordert Umlenken in der Integrationspolitik

Der Landesausländerbeirat hat heute in Wiesbaden Bund und Land aufgefordert, der Opfer des braunen Terrors mit einem Staatsakt zu gedenken. „Wir brauchen mehr als nur leise Entschuldigungen oder Schambe-kundungen“, so Corrado Di Benedetto, Vorsitzender des Gremiums.

„Setzen Sie mit Staatsakten in Wiesbaden und Berlin ein Symbol gegen den Terror und für das friedliche Miteinander der Menschen unterschiedlicher Herkunft. Vor allem brauchen wir jetzt deutliche Zeichen für die vielen verunsicherten Menschen in unserem Land.“ Nach blankem Entsetzen grassiere mittlerweile bei vielen Migranten schiere Angst um Leib und Leben.

Gleichzeitig übte der Beirat massive Kritik an der einseitigen Ausrichtung der deutschen Integrationspolitik. Die Taten seien nicht vom Himmel gefallen, sondern Produkt eines gesellschaftlichen Klimas in Deutschland. Di Benedetto: „Rassismus und Fremdenfeindlichkeit sind keine Rander-scheinungen in rechten Cliques, sondern fest in der Mitte der deutschen Gesellschaft verankert. Diskriminierung aufgrund der ethnischen Herkunft oder der Religionszugehörigkeit ist bundesdeutscher Alltag.“

Es sei daher eine Farce, beispielsweise der Antidiskriminierungsstelle in Berlin die Gelder zu kürzen, statt sie erheblich besser auszustatten. Es sei unerträglich, immer wieder die Bringschuld der Ausländer einzufordern und gleichzeitig Rassismus und Diskriminierung in Deutschland poli-tisch zu tabuisieren.

Auch in Hessen sei eine andere Prioritätensetzung in der Integrationspoli-tik überfällig. „Ohne massive Programme gegen Rassismus, eine Antidiskriminierungsgesetzgebung auch auf Landesebene und beispielwei-se flächendeckende unabhängige Antidiskriminierungsstellen ist eine Willkommenskultur in Hessen undenkbar“, so Di Benedetto.

„Die Zeit der Sonntagsreden ist vorbei. Wir erwarten jetzt politisches Handeln!“